

Antrag

der B90/Grüne – Landtagsfraktion

betr.: Für ein Land ohne Eintrittsgebühr - Pkw-Maut ablehnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der ungehinderte Reiseverkehr über die Landesgrenzen hinweg ist für unsere Bürgerinnen und Bürger eine große Errungenschaft eines freien und offenen Europas. Mit dem Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe – kurz Pkw-Maut – soll eine Abgabe eingeführt werden, die dieser europäischen Idee entgegenwirken wird. Daneben steht zu befürchten, dass die Maut in den Grenzregionen auch zu wirtschaftlichen Einbußen führt, denn sie könnte Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland in Zukunft davon abhalten, zum Einkaufen über die Grenzen zu kommen.

Laut saarländischem Einzelhandelsverband kommt ein Drittel der Umsätze in der Gastronomie und im Handel in Saarbrücken von Gästen aus dem Ausland. Und im Gegensatz zu Frankreich, wo grenznahe Autobahnabschnitte befreit sind, soll dies bei der deutschen Pkw-Maut nicht der Fall sein. Der Handel befürchtet daher aus gutem Grund, dass deutlich weniger Tagestouristen kommen werden und der Umsatz zurückgeht.

Der Deutsche Bundestag hat am 27. März, als er das Gesetz beschloss, leider nicht die Forderung aufgegriffen, bestimmte Autobahnabschnitte in Grenzregionen von der Abgabepflicht freizustellen.

Auch der Versuch einiger Bundesländer im Mai 2015, Grenzregionen von der PKW-Maut auszunehmen, ist im Bundesrat an der notwendigen Mehrheit gescheitert.

Die EU-Kommission bewertete die Pläne als Diskriminierung von ausländischen Fahrerinnen und Fahrern und leitete im Juni 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Dieses wurde durch einen im November 2016 gefundenen Kompromiss zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission zunächst gestoppt. Nachdem keine Eins-zu-Eins-Entlastung mehr für deutsche Autofahrer durch die Kfz-Steuer vorgesehen ist, soll die Entlastung künftig abhängig vom Schadstoffausstoß sein. Darüber hinaus soll es mehrere Preisstufen für die Vignette geben. Doch auch nach der neuen Regelung, die durch die EU-Kommission genehmigt wurde, werden Deutsche und Europäer unterschiedlich behandelt. Vor diesem Hintergrund haben die Niederlande bereits eine Klage vor dem EuGH angedroht, sollten Bundestag und Bundesrat erneut grünes Licht für die Maut geben.

Außerdem ist für Kritiker über die Parteigrenzen hinweg noch höchst fraglich, ob die Maut, die mit hohen jährlichen Systemkosten verbunden sein wird, überhaupt einen positiven Beitrag erzielen wird. Eine aktuell veröffentlichte Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sieht durch die neu geplante Ausgestaltung sogar einen negativen Effekt auf das Nettoeinkommen des Vignettensystems. Statt Einnahmen zu generieren, könnten Kosten von bis zu 50 Millionen Euro jährlich entstehen.

Kurz zusammengefasst ist die Pkw-Maut eine Maut für Ausländerinnen und Ausländer, die voraussichtlich keine Einnahmen bringt, die die Besucher aus dem Ausland diskriminiert und damit europarechtswidrig ist, die keine ökologische Lenkungswirkung hat, die einen immensen Bürokratieaufwand erfordert, die verfassungsrechtlich zumindest bedenklich ist und erhebliche datenschutzrechtliche Fragen aufwirft.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf:

- sich auf Bundesebene gegen die Einführung einer Pkw-Maut einzusetzen,
- ihren Einsatz für die Freistellung der Abgabepflicht für Grenzregionen als Minimalkonsens zu verstärken, sollte die Pkw-Maut trotz des Widerstandes eingeführt werden,
- sich für die Umsetzung der Forderung des Umweltbundesamtes und des Verkehrsclubs Deutschland (u.a.) einzusetzen, Lkw ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht in die Lkw-Maut miteinzubeziehen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.